

„Heimkehrer“, „Kriegswucherer“ und „unerwünschte Ausländer“ – Migrationsberichterstattung in der österreichischen Tagespresse 1918–1919. Eine medienhistorische Diskursanalyse

Alexander Renner

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: assoz. Prof. Mag. Dr. Eva Pfanzelter, MA

eingereicht im: SoSe 2020

Rubrik: Bachelor-Arbeit

Abstract

“Heimkehrer”, “Kriegswucherer” and “unerwünschte Ausländer” – Reports on Migration in the Austrian Press 1918–1919. A Media-Historical Discourse Analysis

The following paper contributes to topical research on migration and media. Utilizing the methodological framework of historical discourse analysis, it analyses and compares reports on immigration and flight to the First Republic published in five Austrian newspapers – the “Arbeiter-Zeitung”, “Reichspost”, “Deutsches Volksblatt”, “Neue Freie Presse” and “Innsbrucker Nachrichten” – directly after World War I and the disintegration of the Habsburg monarchy between late 1918 and 1919. As will be shown, one cannot make generalized statements about the press coverage on immigration and flight during the period of investigation. The discourse was determined by the political and ideological orientation of a newspaper, its target audience and the sub-topics of the discourse.

1. Einleitung

Eine „Warnung vor dem Zuzug nach Deutschösterreich“¹ veröffentlichte die „Arbeiter-Zeitung“ am 14. April 1919, von einer „Überschwemmung von Osten“² berichtete die

1 *Arbeiter-Zeitung*, 14.4.1919, S. 3.

2 *Reichspost*, 30.1.1919, S. 15.

„Reichspost“ am 30. Jänner und „Gegen die frechen landfremden Elemente“³ titelten die „Innsbrucker Nachrichten“ am 12. August desselben Jahres. Dies sind nur einige wenige Beispiele für Artikel aus dem Bereich der Migrationsberichterstattung in österreichischen Tageszeitungen⁴ im Zeitraum von Ende 1918 bis Ende 1919.⁵

Zeitungen haben seit jeher eine zentrale Stellung in unserer Gesellschaft. Sie informieren, tragen zur Meinungsbildung bei und ermöglichen damit politische sowie gesellschaftliche Partizipation. Gleichzeitig haben sie eine „Gatekeeper-Funktion“ inne, indem sie entscheiden, welche Informationen in welcher Form an Leser*innen vermittelt werden.⁶ Zentral wird diese Tatsache unter anderem in Krisenzeiten. Krisen polarisieren, das gilt insbesondere für Flüchtlingskrisen. Und die jüngste Vergangenheit zeigte, wie stark Medien – darunter Zeitungen – zu dieser Polarisierung beitragen können, indem sie beispielsweise überdurchschnittlich oft oder negativ über Migration berichten.⁷ Vor dem Hintergrund dieser aktuellen Entwicklungen erscheint es besonders lohnenswert, die Berichterstattung über vergangene Flucht- und Migrationsbewegungen zu untersuchen, um aktuelle Phänomene in der Migrationsberichterstattung besser verstehen sowie Parallelen und Unterschiede zwischen Gegenwart und Vergangenheit aufzeigen zu können.

Als geeignetes Beispiel für eine solche Untersuchung erweist sich die Berichterstattung österreichischer Tageszeitungen, dem „politisch-kulturelle[n] Leitmedium der Ersten Republik“⁸ über die „erste ‚moderne‘ Flüchtlingskrise“⁹: Die Umbrüche am Beginn des 20. Jahrhunderts, genauer gesagt der Erste Weltkrieg und die Gründung der Nachfolgestaaten der Ende 1918 zerfallenen Habsburgermonarchie, führten zu Gewaltmigration, also zu Wanderungen aufgrund der Androhung und/oder Anwendung von Gewalt, von insgesamt etwa 9,5 Millionen Menschen.¹⁰ Auch das Ende 1918 neugegründete Deutschösterreich – die spätere Republik Österreich¹¹ – war davon betroffen.

3 *Innsbrucker Nachrichten*, 12.8.1919, S. 2.

4 Die vorliegende Arbeit nutzt eine klassische Definition von „Zeitung“, wonach Periodizität, Universalität, Aktualität und Publizität die zentralen Merkmale darstellen: Otto Groth, *Die unerkannte Kulturmacht. Grundlegung der Zeitungswissenschaften (Periodik)*, Bd. 1, Berlin 1960, S. 102–104; Thomas Schröder, *Die ersten Zeitungen: Textgestaltung und Nachrichtenauswahl*, Tübingen 1995, S. 228.

5 Der ausgewählte Zeitraum wird in Kapitel 3.1.3 näher erläutert.

6 Philipp Strobl (Hrsg.), *Die Flüchtlingskrise der 1930er Jahre in australischen Tageszeitungen. Eine medienhistorische Diskursanalyse*, Hamburg 2019, S. 7.

7 APA-DeFacto, *Medienanalyse: Migrationsdiskurs dominierte 2018 erneut die österreichische Berichterstattung*, o. D., https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181217_OTS0025/medienanalyse-migrationsdiskurs-dominierte-2018-erneut-die-oesterreichische-berichterstattung-anhang, eingesehen 20.3.2020; o. A., *Negative Berichterstattung über Flüchtlinge steigt*, in: *Der Standard*, 26.4.2019, <https://www.derstandard.at/story/2000102080413/negative-berichterstattung-ueber-fluechtlinge-steigt>, eingesehen 20.3.2020; o. A., *Deutsche Medien berichten überdurchschnittlich viel über Migration*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 14.1.2020, <https://www.sueddeutsche.de/medien/medien-migration-studie-1.4757010>, eingesehen 20.3.2020.

8 Gabriele Melischek/Josef Seethaler, *Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik*, in: Matthias Karmasin/Christian Oggolder (Hrsg.), *Österreichische Mediengeschichte. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute)*, Bd. 2, Wiesbaden 2019, S. 7–36, hier S. 9.

9 Albert Kraller, *Zur Einführung: Migration und Globalgeschichte*, in: ders./Karl Husa u. a. (Hrsg.), *Migrationen. Globale Entwicklungen seit 1850*, Wien 2007, S. 10–29, hier S. 21.

10 Jochen Oltmer, *Kleine Globalgeschichte der Flucht im 20. Jahrhundert*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26–27 (2016), Heft 66, S. 18–25, hier S. 21.

11 Der Name der am 12. November 1918 ausgerufenen Republik Deutschösterreich wurde mit dem am 10. September 1919 unterzeichneten Friedensvertrag von Saint-Germain in „Republik Österreich“ geändert: Demokratiezentrum

Schon zu Beginn des Krieges mussten mehr als eine Million Menschen in das Innere der Monarchie, darunter auch in das heutige Staatsgebiet Österreichs, flüchten. Allein in Wien und Niederösterreich befanden sich Mitte 1915 über 180.000 Kriegsflüchtlinge.¹² Schätzungen zufolge hielten sich Ende 1918 insgesamt etwa 310.000 „nicht-deutsche Flüchtlinge“ im heutigen Staatsgebiet auf.¹³ Zudem versuchten nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Saint-Germain im Jahr 1919, welcher den Bewohner*innen der zerfallenen Monarchie die Möglichkeit einräumte, die Staatsbürgerschaft in einem der Nachfolgestaaten gemäß ihrer *race* oder *nation* zu beantragen, etwa 540.000 Menschen die Staatsbürgerschaft Österreichs zu erlangen.¹⁴ Diese Zahlen verdeutlichen, dass Migration ein zentrales innen- und außenpolitisches Thema der jungen Republik war.¹⁵ Entsprechend berichtete auch die Tagespresse der Ersten Republik ausgiebig und (mehr oder weniger) vielgestaltig über Einwanderung und Flucht in diesem Zeitraum.

An dieser Berichterstattung setzt die vorliegende Arbeit an. Es wird der Forschungsfrage nachgegangen, wie die österreichische Tagespresse nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Zerfall der Habsburgermonarchie über Immigration und Flucht aus den ehemaligen Gebieten Österreich-Ungarns in die Republik berichtete. Die These lautet, dass die Inhalte des medialen Diskurses¹⁶ abhängig von der jeweiligen politischen und ideologischen Ausrichtung einer Zeitung, deren Zielpublikum sowie den Unterthemen des Diskurses¹⁷ waren. Generalisierende Aussagen zur Berichterstattung, zu den Diskursinhalten sowie den Diskurssträngen¹⁸ können dementsprechend nicht getroffen werden.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde die medienhistorische Diskursanalyse als geeignete Methode gewählt. Um alle Forschungsergebnisse nachvollziehbar zu machen, folgt die Analyse den praktischen Anleitungen des deutschen Historikers Achim Landwehr und des deutschen Sprachwissenschaftlers Siegfried Jäger. Mit Hilfe dieser Methode und Vorgehensweise wurden Artikel aus insgesamt fünf österreichischen Tageszeitungen, der „Arbeiter-Zeitung“, der „Reichspost“, dem „Deutschen Volks-

Wien, Österreich entsteht. Die Ausrufung der Ersten Republik 1918, o. D., <http://www.demokratiezentrum.org/bildung/lernmodule/demokratieentwicklung.html?type=98>, eingesehen 12.8.2020. Wird im Folgenden von Deutschösterreich oder Österreich gesprochen, so ist damit jedenfalls die Erste Republik gemeint.

- 12 Wolfgang Schellenbacher, Von Flucht und Abschiebung zur Vertreibung. Der Raum Niederösterreich als Beispiel für den Umgang mit Flüchtlingen und Abgeschobenen in Österreich zwischen 1914 und 1938, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien, Wien 2016, S. 267–284, hier S. 268–269.
- 13 Gernot Heiss/Oliver Rathkolb (Hrsg.) Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914, Wien 1995, S. 8.
- 14 Pieter M. Judson, The Habsburg Empire. A New History, Cambridge 2016, S. 443–444.
- 15 Walter Mentzel, Kriegsflüchtlinge im Ersten Weltkrieg in Österreich-Ungarn, 2017, <https://waltermentzel.wordpress.com/portfolio/kriegsfluechtlinge-im-ersten-weltkrieg/>, eingesehen 3.5.2020.
- 16 Der Begriff „Diskurs“ wird im dritten Kapitel definiert.
- 17 Diese werden in Kapitel 3.2.1 präzisiert.
- 18 Diskursstränge sind thematisch einheitliche Verläufe von Diskursen, die aus einer Vielzahl von Elementen, sogenannten Diskursfragmenten, zusammengesetzt sind: Siegfried Jäger, Bemerkungen zur Durchführung von Diskursanalysen (Vortrag auf der Tagung „Das große Wuchern des Diskurses. Der Diskurs als unberechenbares Ereignis“ am 3. und 4.7.1997 in der Universität GH Paderborn), 25.9.2006, http://www.diss-uisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Durchfuehrung_Diskursanalyse.htm, eingesehen 28.5.2020.

blatt“, der „Neuen Freien Presse“ und den „Innsbrucker Nachrichten“, untersucht. Alle analysierten Artikel erschienen zwischen dem 1. Oktober 1918 und dem 31. Dezember 1919.¹⁹ Bei der Auswahl der Zeitungen wurde darauf geachtet, dass sowohl Parteienzeitungen wie auch Blätter aus dem freien Markt mit unterschiedlichen politischen und ideologischen Ausrichtungen vertreten waren. Mit den „Innsbrucker Nachrichten“ befindet sich zudem auch eine Zeitung im Quellenkorpus, bei der es sich nicht um ein Wiener Tagblatt handelte, was den geografischen Schwerpunkt der Analyse erweitert.

Zwar existieren zum Forschungsthema bisher keine diskursanalytischen Publikationen, dennoch konnte auf Forschungsliteratur zu etlichen themenrelevanten Teilbereichen zurückgegriffen werden. So wurde der Zeitungsmarkt der Ersten Republik bereits umfassend von Gabriele Melischek und Josef Seethaler²⁰ untersucht. Der historische Kontext des Forschungsthemas und damit Aspekte wie das Ende der Habsburgermonarchie, die Gründung der Nachfolgestaaten oder die daraus resultierten Flucht- und Migrationsbewegungen wurden beispielsweise von Regina Wonisch²¹, Pieter M. Judson²², Oliver Rathkolb²³, Heinz Fassmann²⁴ oder Albert Kraller²⁵ bearbeitet. Darüber hinaus sind bereits einige Publikationen zum Umgang mit Flüchtlingen und zwischen 1918–1919 eingewanderten Personen vorhanden, so etwa von Therese Garstenauer²⁶, Hannelore Burger²⁷ und Rainer Bauböck²⁸.

Im Folgenden wird zuerst der historische Kontext kurz behandelt, welcher als Ausgangspunkt der Flucht- und Migrationsbewegungen sowie der daraus resultierten Berichterstattung gesehen werden muss. Anschließend werden die Methode, die Vorgehensweise bei der Analyse sowie der Quellenkorpus näher erläutert, bevor dann die gewonnenen Forschungsergebnisse präsentiert werden.

19 Genauere Informationen zur Methode, zur Vorgehensweise bei der Analyse und dem Quellenkorpus folgen im dritten Kapitel.

20 Gabriele Melischek/Josef Seethaler, Auflagenzahlen der Wiener Tageszeitungen 1895–1933 in quellenkritischer Betrachtung, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation Nr. 1, 2001, https://www.oeaw.ac.at/fileadmin/Institute/CMC/PDF/Publications/Research_Papers/KMK_Arbeitsbericht_No_1.pdf, eingesehen 23.3.2020; Melischek/Seethaler, Die österreichische Tagespresse.

21 Regina Wonisch, Entwicklung der Migrations- und Flüchtlingspolitik in Österreich, in: Senol Grasl-Akkilic/Marcus Schober u. a. (Hrsg.), Aspekte der österreichischen Migrationsgeschichte, Wien 2019, S. 431–470.

22 Judson, The Habsburg Empire.

23 Oliver Rathkolb, Erste Republik, Austrofaschismus, Nationalsozialismus (1918–1945), in: Thomas Winkelbauer (Hrsg.), Geschichte Österreichs, Wien 2015, S. 447–524.

24 Heinz Fassmann, Europäische Migration im 19. und 20. Jahrhundert, in: Albert Kraller/Karl Husa u. a. (Hrsg.), Migrationen. Globale Entwicklungen seit 1850, Wien 2007, S. 32–54.

25 Kraller, Zur Einführung.

26 Therese Garstenauer, Die Remigration ehemaliger Bediensteter der Habsburgermonarchie in die Republik Österreich 1918–1921, in: *first*, 2019, <http://first-research.ac.at/2019/02/26/die-remigration-ehemaliger-bediener-der-habsburgermonarchie-in-die-republik-oesterreich-1918-1921/>, eingesehen 20.3.2020.

27 Hannelore Burger, Heimatrecht und Staatsbürgerschaft österreichischer Juden. Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart, Wien-Köln-Graz 2014.

28 Rainer Bauböck, „Nach Rasse und Sprache verschieden“. Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute (IHS Political Science Series, Working Paper 31), 1996, https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/899/1/pw_31.pdf, eingesehen 3.5.2020.

2. Historischer Kontext

2.1 *Der Erste Weltkrieg, das Ende der Habsburgermonarchie und die Gründung der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns*

Mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien am 28. Juli 1914 nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 in Sarajevo wurde „the greatest seminal catastrophe of this century“, also die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ eingeläutet.²⁹ Es folgten vier Jahre Weltkrieg, welcher Ende 1918 mit dem Sieg der Entente endete und das Ende der Habsburgermonarchie bedeutete. Bereits im Sommer 1918 beschloss die Entente, Österreich-Ungarn zu zerbrechen und Nachfolgestaaten zu schaffen.³⁰ Nationale Bewegungen in den nicht-deutschsprachigen Gebieten der Monarchie, welche bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts aufgekommen waren, sahen diese Pläne als Legitimation für die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung, also nach der Loslösung von der Monarchie und der Gründung eines eigenständigen Staates.³¹ Die Habsburgermonarchie begann in der Folge im Oktober 1918 zu zerfallen.³² Nachdem der geplante Umbau der österreichischen Reichshälfte der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn in einen Bundesstaat, wie es Kaiser Karl I. mit seinem am 16. Oktober erlassenen Völkermanifest geplant hatte, gescheitert war, waren die Auflösungstendenzen selbst in Wien spürbar. Am 21. Oktober trat dort deshalb die sogenannte Provisorische Nationalversammlung aus – nach Eigenbezeichnung – „deutschen Abgeordneten“ zusammen, um die Gründung des (Nachfolge-) Staates Deutschösterreich vorzubereiten. Nur wenige Tage später, am 28. Oktober, übernahm der tschechoslowakische Nationalrat die Verwaltung in Prag und beschloss die Gründung der Tschechoslowakischen Republik. Am 29. Oktober wurde der SHS-Staat, der Staat der Slowenen, Kroaten und Serben (ab 1929 das Königreich Jugoslawien) in Zagreb proklamiert. Am 30. Oktober kündigte Ungarn die Realunion mit der österreichischen Reichshälfte auf, was die endgültige Auflösung der Doppelmonarchie bedeutete. Mit dem Verzicht Kaiser Karls auf die Regierungsgeschäfte am 11. November 1918 und der Proklamation der Republik Deutschösterreich am 12. November wurde schließlich der letzte Rest der Monarchie in einen neuen Staat überführt.³³ Das Territorium Österreich-Ungarns wurde von insgesamt sieben Staaten – von Deutschösterreich, Ungarn, Italien, Rumänien, der Tschechoslowakei, Polen und dem SHS-Staat – übernommen.³⁴

29 George F. Kennan, *The Decline of Bismarck's European Order. Franco-Russian Relations 1875–1890*, Princeton 1979, S. 3.

30 Judson, *The Habsburg Empire*, S. 431.

31 Ebd., S. 9, 431.

32 Die neuere Forschung ist wohlgermerkt skeptisch, ob nationale Bewegungen bzw. aufgekommener Nationalismus die alleinigen Gründe für den Zerfall der Monarchie waren. Vielmehr seien darüber hinaus nationale Unterdrückung, mangelhafte demokratische Willensbildung, soziale und politische Ausbeutung der Arbeiter*innen für „Kriegsnotwendigkeiten“, soziale Unruhen, Streiks, zivile Demonstrationen, Meutereien in der Armee und die Kriegserfahrung im Allgemeinen dafür verantwortlich gewesen: Rathkolb, *Erste Republik*, S. 447–524.

33 Österreichische Mediathek, *Der Zerfall der Monarchie*, o. D., <https://www.mediathek.at/der-erste-weltkrieg/der-erste-weltkrieg-ausgabe-6/der-zerfall-der-habsburgermonarchie/der-zerfall-der-monarchie/>, eingesehen 12.8.2020.

34 Judson, *The Habsburg Empire*, S. 442.

2.2 Die „erste, moderne“ Flüchtlingskrise“

Wie in der Einleitung bereits erwähnt wurde, führten sowohl das Kriegsgeschehen wie auch die Gründung der Nachfolgestaaten der Monarchie zu einer Gewaltmigration von Millionen von Menschen. Neben den eigentlichen Kriegsflüchtlingen waren vor allem jene Personen betroffen, welche aus den Nachfolgestaaten flüchten bzw. diese verlassen mussten. Hauptgrund dafür war die nach dem Ersten Weltkrieg aufgekommene Idee eines homogenen, also eines ethnisch einheitlichen Nationalstaates.³⁵ In der Realität war diese Idee aus zwei Gründen nicht umsetzbar.

Zum einen handelt es sich bei Migration um ein Phänomen, welches seit jeher unsere Gesellschaft prägt, so auch jene der Habsburgermonarchie.³⁶ Wanderungen über kurze und lange Distanzen waren etwas Alltägliches.³⁷ Die Historikerin Annemarie Steidl, welche sich mit Migration in der späten Phase der Monarchie auseinandersetzte, spricht von einer „Vielfalt an Mobilitätsformen“ im 19. und 20. Jahrhundert. Sowohl Binnenmigration, innereuropäische Migration wie auch Abwanderung in die USA seien vollkommen üblich gewesen.³⁸ Die Volkszählung in Österreich-Ungarn aus dem Jahr 1910 zeigt, dass 37,6 Prozent aller Einwohner*innen zumindest einmal ihre eigentliche Heimatgemeinde verließen und ihren Wohnsitz in einer anderen Gemeinde hatten. Insgesamt lebten 1910 etwa 1,5 Millionen Menschen aus der Monarchie in anderen europäischen Staaten, während 860.000 Binnenmigrant*innen gezählt wurden.³⁹ Zusätzlich wanderten im 19. Jahrhundert alleine nach Nordamerika etwa 3,5 Millionen Bewohner*innen Österreich-Ungarns aus, wovon der Großteil jedoch wieder zurückkehrte.⁴⁰ Diese Zahlen zeigen, wie intensiv die Mobilität in der Monarchie war und sind eine Erklärung dafür, wieso sich zur Zeit der Staatsbildungsprozesse nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ethnische Minderheiten in allen Nachfolgestaaten befanden.⁴¹ Zum anderen wurde bei der Ziehung der Grenzen dieser neuen Staaten eben nicht auf jene Minderheiten geachtet. Gebiete wurden aus strategischen und ethnischen Gründen sowie aufgrund

35 Judson, *The Habsburg Empire*, S. 22.

36 Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Grundlegendossier „Migration“, o. D., <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/>, eingesehen 20.3.2020.

37 Annemarie Steidl, Ein ewiges Hin und Her. Kontinentale, transatlantische und lokale Migrationsrouten in der Spätphase der Habsburgermonarchie, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 19 (2008), Heft 1, S. 15–42, hier S. 16.

38 Ebd.

39 Annemarie Steidl, Migration Patterns in the late Habsburg Empire, in: Günter Bischof/Dirk Rupnow (Hrsg.), *Migration in Austria (Contemporary Austrian Studies 26)*, Innsbruck 2017, S. 69–90, hier S. 75–76.

40 Steidl, *Migration Patterns*, S. 80–82. Nordamerika war dabei jedoch nur ein Ziel der Auswanderung nach (Nord-, Mittel- und Süd-)Amerika insgesamt. Siehe dazu beispielsweise die Forschungen von Ursula Prutsch und Thomas Albrich: Ursula Prutsch, *Migration und Identität. Österreichisch-ungarische Auswanderung nach Argentinien und Brasilien (1876–1914)*, in: Johannes Feichtinger/Peter Stachel (Hrsg.), *Das Gewebe der Kultur*, Innsbruck 2001, S. 127–148; Thomas Albrich, *Die organisierte Tiroler Auswanderung nach Brasilien ab 1858 in Presseberichten*, in: ders./Ingrid Böhler (Hrsg.), *Österreich–Spanien–Lateinamerika: Festschrift für Klaus Eisterer*, Innsbruck 2021, S. 243–278.

41 Wonisch, *Entwicklung der Migrations- und Flüchtlingspolitik*, S. 435. An dieser Stelle darf die vorangegangene, zeitlich ausgedehnte Siedlungsgeschichte jedoch nicht verkannt werden, die neben der Migration im 19. und 20. Jahrhundert als Ausgangspunkt der Verbreitung ethnischer Minderheiten im gesamten Reichsgebiet angesehen werden muss.

angeblicher historischer Ansprüche oft einfach annektiert, ohne dass der Zusammensetzung der Bevölkerung in diesen Gebieten genauer Beachtung geschenkt wurde.⁴²

Ende 1918 befanden sich deshalb Millionen Menschen ethnischer Minderheiten in den neu geschaffenen Nationalstaaten. So sprach etwa ein Drittel der Einwohner*innen Polens und Rumäniens nicht die Amtssprache oder gehörte nicht der dominanten Konfession an. Etwa ein Drittel der Einwohner*innen der Tschechoslowakei sprach nicht Tschechisch und/oder Slowakisch und in Italien lebten Hunderttausende Deutsche, Slowen*innen und Kroat*innen.⁴³ Diese Tatsache stand im direkten Gegensatz zum Leitprinzip der Nachfolgestaaten: ethnische Homogenität. Einwohner*innen, die nicht die Amtssprache sprachen und nicht die Staatsreligion ausübten, waren in den neuen Staaten unerwünscht, da diese nach der zeitgenössischen Auffassung weder Staatsbürger*innen waren noch jemals werden konnten. Es folgten Maßnahmen gegen jene Personen, die von gesetzlicher und kultureller Benachteiligung bis hin zu Pogromen, Umsiedlungen und Deportationen reichen konnten.⁴⁴ Zusätzlich dazu kam die Idee des sogenannten „Bevölkerungsaustausches“ zwischen den Nachfolgestaaten auf, was die Schaffung einer ethnisch homogenen Gesellschaft erleichtern bzw. überhaupt erst ermöglichen sollte.⁴⁵

Um die Fluchtbewegungen Ende 1918 umfassend darstellen zu können, müssen noch jene Personen hinzugezählt werden, die bereits während des Krieges vor dem Kriegsgeschehen flüchten mussten. Die Zahl der eigentlichen Kriegsflüchtlinge kann heute nicht mehr genau bestimmt werden. Offizielle zeitgenössische Statistiken konnten beispielsweise keine nicht-registrierten Flüchtlinge erheben.⁴⁶ Insgesamt waren europaweit Mitte der 1920er-Jahre etwa 9,5 Millionen Menschen in Bewegung. Diese Fluchtbewegungen waren eine direkte Folge des Ersten Weltkrieges und der Neuordnung Europas.

In der Ersten Republik führten Diskurse über Zuwanderung in den Kriegs- und Nachkriegsjahren zu einer Angst vor „Überfremdung“. Insbesondere Jüdinnen und Juden aus dem östlichen Europa, welche als kulturell fremd wahrgenommen wurden, sahen sich damit konfrontiert. Antisemitische Vorurteile bestimmten den politischen und medialen Diskurs der Zeit. Jüdinnen und Juden galten als „Wucherer“, „Preistreiber“ und Personen, die sich auf Kosten der einheimischen Bevölkerung bereichern wollten. Zeitgenössische Begriffe wie „Fremde“, „Ausländer“ und „Ostjuden“ waren Schlagwörter, welche die politischen Debatten und die mediale Berichterstattung prägten.⁴⁷

2.3 *Die Migrationspolitik der Ersten Republik*

Um die medialen Reaktionen auf Flucht- und Migrationsbewegungen im Untersuchungszeitraum besser nachvollziehen zu können, muss an dieser Stelle kurz erläutert

42 Judson, *The Habsburg Empire*, S. 447.

43 Ebd., S. 446–447.

44 Ebd., S. 447; Oltmer, *Kleine Globalgeschichte*, S. 21

45 Kraler, *Zur Einführung*, S. 22.

46 Mentzel, *Kriegsflüchtlinge*.

47 Schellenbacher, *Von Flucht und Abschiebung*, S. 268–270.

werden, wie die Politik auf diese reagierte, also welche Migrationspolitik die Republik in dieser Zeit verfolgte.

Zur Zeit der Habsburgermonarchie strebte der Staat keine Migrationspolitik im heutigen Sinn an.⁴⁸ Es gab also keine Gesetze, die Ein- oder Abwanderung begünstigen bzw. verhindern und in die Lebenssituation von Migrant*innen eingreifen sowie diese regeln sollten.⁴⁹ Dies passt zur zeitgenössischen Einstellung, nach welcher Migration grundsätzlich positiv konnotiert war und vor allem mit wirtschaftlichen Vorteilen für das eigene Land in Verbindung gebracht wurde.⁵⁰ Diese Ansicht änderte sich mit dem Ersten Weltkrieg und der Gründung der neuen Nationalstaaten allerdings. Während sich Grenzkontrollen vor dem Krieg in der Regel gegen arme, kranke und kriminelle Personen richteten, wurden diese nach 1918 massiv verschärft und ausgeweitet, wobei mit der großen Zahl an Flüchtlingen argumentiert wurde.⁵¹

Mit ihrer neu gewonnenen Souveränität verfügten die Nachfolgestaaten auch über die Möglichkeit, ihre Migrations- und Flüchtlingspolitik selbst zu bestimmen. Einen internationalen Rechtsrahmen für den Umgang mit Schutzsuchenden gab es zu dieser Zeit noch nicht.⁵² Auch die Republik Deutschösterreich entwickelte in diesem Zeitraum eine Flüchtlingspolitik im heutigen Sinn.⁵³ Wie in anderen europäischen Staaten war diese auf eine Restriktion von Zuwanderung ausgelegt und richtete sich gegen „nicht-weiße“, „nicht-deutsche“ und nach zeitgenössischer Auffassung „minderwertige“ Personen aus dem östlichen Europa, dabei vor allem gegen Jüdinnen und Juden.⁵⁴ Um diese Restriktionen umsetzen zu können, schuf die Politik mehrere Steuerungsinstrumente für Einwanderung. Schon zu Beginn des Krieges, im Dezember 1914, wurde Wien aufgrund von „Überlastung“ für Flüchtlinge gesperrt, was zwar bis zum Ende des Krieges aufrecht blieb, jedoch zu keinem Zeitpunkt konsequent gehandhabt wurde. Außerdem kam es bereits während des Krieges zu ersten Ausweisungsaktionen ausländischer Personen.⁵⁵ Diese wurden auch nach 1918 auf Basis des „Schubgesetzes“ aus dem Jahr 1871 fortgesetzt, welches die Abschiebung mittelloser Einwanderinnen und Einwanderer geregelt hatte.⁵⁶ Ende 1918 richteten sich die Ausweisungsaktionen vor allem gegen Kriegsflüchtlinge und in Wien lebende „Ostjuden“, ab Mitte 1919 auch gegen politische Flüchtlinge.⁵⁷

48 Albert Kraller, *The Case of Austria*, in: Giovanna Zincone/Rinus Penninx u. a. (Hrsg.), *Migration Policymaking in Europe. The Dynamics of Actors and Contexts in Past and Present*, Amsterdam 2011, S. 21–59, hier S. 27.

49 Trotzdem verfügte der Staat über Möglichkeiten, die Bewegung der Untertanen steuern zu können. Als Beispiel sei an dieser Stelle das Heimatrecht als Notwendigkeit für einen permanenten Aufenthalt sowie den Erhalt von Unterstützungszahlungen zu nennen: Ebd., S. 27.

50 Wonisch, *Entwicklung der Migrations- und Flüchtlingspolitik*, S. 435.

51 Ebd.

52 Dieser wurde erst mit der Genfer Flüchtlingskonvention im Jahr 1951 geschaffen: Oltmer, *Kleine Globalgeschichte*, S. 20.

53 Kraller, *The Case of Austria*, S. 27.

54 Kraller, *Zur Einführung*, S. 17.

55 Wonisch, *Entwicklung der Migrations- und Flüchtlingspolitik*, S. 433.

56 Bauböck, „Nach Rasse und Sprache verschieden“, S. 3.

57 Schellenbacher, *Von Flucht und Abschiebung*, S. 271.

Ein zweites wichtiges Steuerungsinstrument der Migrationspolitik war die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft, welche von einer nationalstaatlichen und ethnisch exklusiven Logik geprägt war.⁵⁸ Geschaffen wurde diese mit dem Staatsbürgerschaftsgesetz vom 5. Dezember 1918. Staatsbürger*innen wurden alle Personen, die in einer deutschösterreichischen Gemeinde „heimatberechtigt“ waren und nicht für einen der anderen Nachfolgestaaten optieren wollten.⁵⁹ Voraussetzung für die Erlangung des Heimatrechts war wiederum ein zehnjähriger Wohnsitz in einer Gemeinde im neuen Staatsgebiet.⁶⁰ Damit wurden alle Personen, die während oder nach dem Krieg zuwanderten, offiziell zu Ausländer*innen.⁶¹ Zeitgleich erhielten auf Basis des Staatsbürgerschaftsgesetzes aber auch alle Personen, die seit 1914 einen Wohnsitz in Wien hatten und eine Erklärung abgaben, getreue Staatsbürger*innen sein zu wollen, die Staatsbürgerschaft.⁶² Die ehemaligen österreichischen Gebiete Dalmatien, Istrien und Galizien, Regionen, mit einem geringen deutschen Bevölkerungsanteil und einem hohen Anteil an jüdischer Bevölkerung, waren von dieser Regelung jedoch ausgeschlossen.⁶³ Das Staatsbürgerschaftsgesetz von 1918 räumte zusätzlich ein Optionsrecht ein: Alle Personen über 18 Jahren, die ein Heimatrecht in einer Gemeinde besaßen, die nun nicht mehr zu Österreich gehörte, konnten innerhalb eines Jahres für die Zugehörigkeit zum neuen Staat Deutschösterreich optieren.⁶⁴ Aber auch hierbei sollten Jüdinnen und Juden exkludiert werden. Sowohl von christlichsozialer, deutschnationaler wie auch von sozialdemokratischer Seite⁶⁵ kam es zu Hetze gegen jüdische Kriegsflüchtlinge, denen die Staatsbürgerschaft aus den bereits erwähnten Gründen vorenthalten werden sollte.⁶⁶ Der Friedensvertrag aus dem Jahr 1919 regelte die Staatsbürgerschaft und das Optionsrecht dann neu. Ein Heimatschein bzw. eine Heimatberechtigung wurden Voraussetzung für den automatischen Erwerb der Staatsbürgerschaft.⁶⁷ Ein neues Optionsrecht räumte Personen, die in einem Nachfolgestaat außerhalb Österreichs „heimatberechtigt“ und „dort nach Rasse und Sprache von der Mehrheit der Bevölkerung verschieden“ waren, die Möglichkeit ein, innerhalb von sechs Monaten „für die österreichische Staatsbürgerschaft [zu] optieren, wenn sie nach Rasse und Sprache zur deutschen Mehrheit der Bevölkerung Österreichs gehör[t]en“.⁶⁸ Es folgten wiederum Hetzkampagnen der Christlichsozialen und Deutschnationalen gegen jüdische Personen, mit der Hoffnung, diesen die Staatsbürgerschaft verwehren zu können.⁶⁹

58 Burger, Heimatrecht und Staatsbürgerschaft, S. 133.

59 Bauböck, „Nach Rasse und Sprache verschieden“, S. 4.

60 Demokratiezentrum Wien, Entwicklung der Staatsbürgerschaft in Österreich, 2015, <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/timelines/entwicklung-der-staatsbuergerschaft.html>, eingesehen 23.3.2020.

61 Bauböck, „Nach Rasse und Sprache verschieden“, S. 4.

62 Demokratiezentrum Wien, Entwicklung der Staatsbürgerschaft.

63 Burger, Heimatrecht und Staatsbürgerschaft, S. 136.

64 Demokratiezentrum Wien, Entwicklung der Staatsbürgerschaft.

65 Gemeint sind an dieser Stelle Vertreter*innen der Christlichsozialen Partei, mehrerer deutschnationaler Kleinparteien sowie der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Bei allen handelte es sich um politische Parteien der Ersten Republik.

66 Demokratiezentrum Wien, Entwicklung der Staatsbürgerschaft.

67 Bauböck, „Nach Rasse und Sprache verschieden“, S. 4.

68 Zit. nach Sylvia Pelz, Ausländerbeschränkungen Österreichs in der Zwischenkriegszeit, Dipl. Salzburg 1994, S. 23.

69 Bauböck, „Nach Rasse und Sprache verschieden“, S. 4.

Ein drittes und letztes wichtiges Steuerungsinstrument für Migration stellte die staatliche finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge bzw. Schutzsuchende dar. Diese wurde am 12. November 1918, dem Tag, an dem die Republik ausgerufen wurde, auf „deutschösterreichische“ und „deutsche Flüchtlinge christlicher Konfession“ beschränkt.⁷⁰ Alle Personen, die nicht in diese beiden Kategorien fielen, waren von diesem Zeitpunkt an auf private Unterstützung angewiesen. Am 15. März 1919 wurde die staatliche Fürsorge für Flüchtlinge gänzlich eingestellt.⁷¹

Die besprochenen Punkte verdeutlichen, dass die Migrationspolitik der Republik auf eine Restriktion von Zuwanderung ausgelegt war und sich vor allem gegen Jüdinnen und Juden aus dem östlichen Europa richtete. Es wurde gezeigt, wie die Politik auf die Zuwanderung ab 1918 reagierte. Im folgenden Analyseteil wird nun die Diskussion in der Tagespresse dargestellt.

3. Analyse

Im folgenden Abschnitt werden die Methode, die Vorgehensweise bei der Analyse sowie der Quellenkorpus näher erläutert. Dies soll gewährleisten, dass der Forschungsprozess sowie alle gewonnenen Forschungsergebnisse nachvollziehbar sind. Anschließend werden die eigentlichen Ergebnisse der Untersuchung präsentiert. Dabei werden die zentralen Diskursinhalte aufgezeigt und diese mit repräsentativen Artikeln verdeutlicht. Nach einer Darlegung der Grundzüge der Berichterstattung wird auf drei vom Autor ausgewählte Schwerpunkte – Migration aus dem Osten Europas, Rückkehrmigration und Asyl – genauer eingegangen, um so den Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht zu sprengen.

3.1 *Methode und Quellen*

3.1.1 Diskurstheorie und Diskursanalyse

Bei Fragestellungen, die untersuchen, wie ein bestimmtes Phänomen (medial) dargestellt wird bzw. wurde, ist die (historische) Diskursanalyse ein zentrales Instrument, um Kommunikation analysieren, dekonstruieren und folglich vergleichen zu können. Theoretische Grundlage dieser Methode ist die sogenannte Diskurstheorie. Diese bezeichnet „die systematische Ausarbeitung des Stellenwertes von Diskursen im Prozess der gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit“.⁷² Der Diskurstheorie liegt wiederum der Diskursbegriff zu Grunde. Da dieser als vielgestaltig gilt und unterschiedlich verwendet wird, erscheint eine Klärung des Begriffes an dieser Stelle notwendig.

Der französische Philosoph Michel Foucault versteht unter Diskurs die Gesamtheit von Äußerungen und Aussagen, die zum selben Formationssystem⁷³ gehören. Diskurs

70 Mentzel, Kriegsflüchtlinge.

71 Ebd.

72 Achim Landwehr, Diskurs und Diskursgeschichte, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 1.3.2019, https://docupedia.de/zg/Landwehr_diskursgeschichte_v2_de_2018, eingesehen 27.5.2020.

73 Ein Formationssystem bezeichnet nach Foucault „ein komplexes Bündel von Beziehungen [...], die als Regel funktionieren“ und damit den Ab- und Verlauf von Diskursen vorgeben: Michel Foucault, *Archäologie des Wissens*, Frankfurt am Main 1981, S. 108.

sei jedoch lediglich als die sprachliche Seite einer umfassenderen diskursiven Praxis aufzufassen, welche die Gesamtheit einer speziellen Wissensproduktion meint. Foucault postuliert, der Diskurs würde nicht die Gegenstände der Realität reflektieren, sondern diese Gegenstände überhaupt erst produzieren.⁷⁴ Der deutsche Literaturwissenschaftler Jürgen Link definiert Diskurs als eine „institutionell verfestigte Redeweise, insofern eine solche Redeweise schon Handeln bestimmt und [...] Macht ausübt und verfestigt“.⁷⁵ Siegfried Jäger versteht unter Diskurs einen „Fluß von ‚Wissen‘ beziehungsweise sozialen Wissensvorräten durch die Zeit“.⁷⁶ Diskurse würden Macht ausüben, da sie das individuelle und kollektive Bewusstsein mit diesem transportierten Wissen speisen und somit die Grundlage für individuelles und kollektives Handeln sowie „die Gestaltung von Wirklichkeit“ darstellen.⁷⁷ Auf Basis der an dieser Stelle vorgebrachten Definitionen kann der Diskursbegriff umfassend erläutert werden: Diskurse sind als die Gesamtheit von Äußerungen und Aussagen zu verstehen, die Macht- und Machtverhältnisse erzeugen sowie zum Ausdruck bringen, das Handeln von Individuen und ganzen Gesellschaften bestimmen und somit soziale Wirklichkeit konstruieren. Sie sind eine Kategorie, die das Sagbare, Denkbare und Machbare beschreibt.⁷⁸

Die historische Diskursanalyse hat es sich als methodische Umsetzung von diskurstheoretischen Ansätzen zur Aufgabe gemacht, diese vermeintlichen Wirklichkeiten und geschaffenen Machtverhältnisse zu dekonstruieren sowie den Wandel von Diskursen aufzuzeigen.⁷⁹ Das allgemeine Ziel von Diskursanalysen besteht darin, einen oder mehrere miteinander verschränkte Diskursstränge historisch und gegenwartsbezogen zu analysieren.⁸⁰ Aufgrund der vielgestaltigen und unterschiedlichen Verwendung des Diskursbegriffes sind auch die Formen der Diskursanalyse vielfältig. Dementsprechend muss nach Achim Landwehr immer jene gefunden und angewandt werden, welche für die jeweilige Forschungsfrage am geeignetsten erscheint.⁸¹ Die vorliegende Arbeit verfolgt den diskursanalytischen Ansatz des Schweizer Medienwissenschaftlers Heinz Bonfadelli. Dieser versteht unter Diskursanalyse die Untersuchung des Aufbaus von Medienaussagen mit dem Schwerpunkt auf verwendeten Metaphern, rhetorischen Strategien und Argumentationsmustern.⁸² Bonfadellis Ansatz wurde ausgewählt, da sich die vorliegende Arbeit auf Zeitungsartikel und somit Medienaussagen konzentriert und die Analyse von Metaphern, rhetorischen Strategien und Argumentationsmustern eine umfangreiche Diskussion der zugrunde liegenden Forschungsfrage ermöglicht.

74 Siegfried Jäger, *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*, Münster, 2009⁵, S. 125–126.

75 Jürgen Link, Was ist und was bringt Diskurstaktik, in: *kulturRevolution 2* (1983), S. 60–66, hier S. 60.

76 Siegfried Jäger, Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Reiner Keller (Hrsg.), *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, Bd. 1, Opladen 2001, S. 81–112, hier S. 82.

77 Ebd., S. 87.

78 Landwehr, *Diskurs und Diskursgeschichte*.

79 Achim Landwehr, *Historische Diskursanalyse (Historische Einführungen)*, Frankfurt am Main-New York 2018², S. 22–24.

80 Jäger, *Bemerkungen zur Durchführung*.

81 Landwehr, *Diskurs- und Diskursgeschichte*.

82 Heinz Bonfadelli, *Medieninhaltsforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*, Konstanz 2002, S. 56.

3.1.2 Vorgehensweise bei der Diskursanalyse

Nach der Zusammenstellung des Quellenkorpus – welcher im folgenden Abschnitt besprochen wird – wurde dieser nach einer festgelegten Vorgehensweise analysiert, um so einerseits vergleichbare Ergebnisse zu erhalten, andererseits aber auch den Weg zu eben diesen Resultaten nachvollziehbar zu gestalten. Der Vorgehensweise bei der Untersuchung des Quellenmaterials lagen praktische Anleitungen zur Durchführung von Diskursanalysen von Siegfried Jäger und Achim Landwehr zu Grunde.⁸³ Diese Anleitungen ermöglichten eine systematische Untersuchung der Zeitungsartikel und waren zudem dem diskursanalytischen Ansatz Bonfadellis dienlich, da dadurch alle relevanten Informationen – Metaphern, rhetorische Strategien und Argumentationsmuster – gewonnen und so die angestrebten Diskursinhalte bzw. Aussagen herausgefiltert werden konnten.

In einem ersten Schritt wurde die bereits erwähnte Forschungsfrage definiert und im Zuge der Korpusbildung jenes Material gesammelt, welches für diese von Relevanz war. Es wurden also Zeitungsartikel zusammengetragen, die Migration und Flucht in die Republik behandelten. In einem zweiten Schritt wurden die Diskursebene⁸⁴ und die Diskursposition⁸⁵ der Quellen bestimmt. Folglich war eine erste Auswertung des Quellenmaterials möglich. Diese beinhaltete die Charakterisierung der Zeitungen in Hinblick auf ihre politische und ideologische Ausrichtung sowie die Schaffung eines ersten Überblicks über die Berichterstattung. Jener ermöglichte dann die Identifizierung von Aussagen, welche den Diskurs bestimmten und somit typisch bzw. repräsentativ für den medialen Diskurs waren. Bei diesem Schritt war es von Bedeutung, nicht zu sehr von den eigenen Thesen geleitet zu werden. Anschließend folgten die Fein- bzw. Makro- und Mikroanalysen des herangezogenen Quellenmaterials, wodurch Aussagen herausgefiltert werden konnten, welche möglichst charakteristisch für den Diskurs waren. Des Weiteren lag der Fokus bei der Feinanalyse auf dem Kontext, der Textoberfläche, sprachlichen und rhetorischen Mitteln, inhaltlichen sowie ideologischen Aussagen und weiteren Auffälligkeiten. Präsentiert wird in der vorliegenden Arbeit nun die Gesamtanalyse des Quellenmaterials. Das bedeutet, dass alle erzielten Ergebnisse reflektiert und einer Gesamtaussage über den Diskursstrang in einer jeweiligen Zeitung zugeordnet wurden.

3.1.3 Quellenkorpus

Mit Hilfe des zuvor beschriebenen diskursanalytischen Ansatzes sowie der festgelegten Vorgehensweise wurden Zeitungsartikel aus den fünf bereits in der Einleitung erwähnten Tageszeitungen analysiert. Alle Artikel erschienen zwischen dem 1. Oktober 1918 und dem 31. Dezember 1919, was den in der Forschungsfrage angegebenen unmittelbaren Zeitraum nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und den Zerfall der Habsburgermonarchie abdeckt. In diesen Untersuchungszeitraum fallen zudem Ereignisse wie

83 Siehe dazu: Jäger, Bemerkungen zur Durchführung; Landwehr, Diskurs- und Diskursgeschichte.

84 Die Diskursebene bezeichnet jene Ebene, auf welcher ein jeweiliger Diskurs stattfindet. Für die vorliegende Analyse stellen Medien, genauer gesagt Zeitungen, die Diskursebene dar: Jäger, Bemerkungen zur Durchführung.

85 Eine Diskursposition bezeichnet jenen (ideologischen) Ort, von dem aus ein Medium am Diskurs teilnimmt: Ebd.

der Erlass des Staatsbürgerschaftsgesetzes, das Optionsrecht für Bewohner*innen der zerfallenen Monarchie, das durch die Pariser Friedensverhandlungen ins Leben gerufene (ausgeweitete) Optionsrecht sowie (politische) Umbrüche in den Nachfolgestaaten. Der ausgewählte Zeitraum ermöglichte es also, Immigration und Flucht in die Republik Österreich sowie die medialen Reaktionen darauf umfassend untersuchen zu können. Obgleich der gewählte Untersuchungszeitraum gut argumentiert werden kann, handelt es sich natürlich auch um eine Kompromisslösung, welche den Quellenkorpus in einem gut bearbeitbaren Rahmen halten sollte.

Eingesehen wurden die Zeitungsartikel mittels Volltextsuche auf der Plattform „ANNO“.⁸⁶ Auf dieser ist es möglich, Suchergebnisse nach Themen, wie Bildung, Medizin oder Politik, zu filtern. Migration oder Flucht existieren jedoch als solche Themenkomplexe nicht. Dementsprechend mussten alle Suchergebnisse manuell und kontextbasiert gefiltert werden. Um überhaupt erst zu relevanten Suchergebnissen kommen zu können, war es zuvor notwendig, einen Katalog aus Begriffen mit Bezug zu Migration zusammenzustellen. Die Problematik bestand darin, dass einzelne Begriffe nie das gesamte Spektrum der Berichterstattung über Migration wiedergeben können.⁸⁷ Es musste folglich ein umfangreicher Begriffskatalog erstellt werden, damit dieses Problem minimiert werden konnte. Insgesamt wurde die Volltextsuche für jede Zeitung mit 30 gleichbleibenden Termini betrieben.⁸⁸ Die Anzahl der Suchergebnisse nach den einzelnen Zeitungen gestalteten sich folgendermaßen:

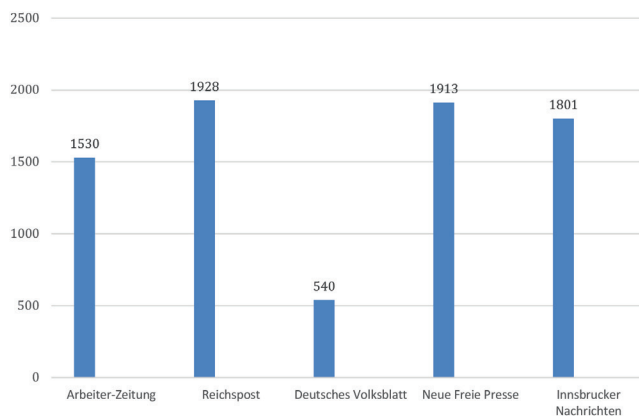


Abbildung 1: Addierte Suchergebnisse der Volltextsuche auf „ANNO“ (Artikel im Zeitraum vom 1.10.1918–31.12.1919 erschienen; festgelegter Begriffskatalog; mindestens ein Treffer im Text pro Zeitungsausgabe)

- 86 Bei „ANNO“ (AustriaN Newspapers Online) handelt es sich um eine Plattform der Österreichischen Nationalbibliothek, auf welcher digitalisierte historische österreichische Zeitungen und Zeitschriften abrufbar sind: ANNO, <http://anno.onb.ac.at>, eingesehen 19.8.2020.
- 87 Siehe dazu: Sarah Oberbichler/Eva Pfanzelter, Von „billigen Preisen“, Landarbeitern und Auswandereragenten: Migrationsdiskurse in historischen, österreichischen Zeitungen (1850 bis 1950), in: *NewsEye*, 5.5.2020, <https://www.newseye.eu/blog/news/von-billigen-preisen-landarbeitern-und-auswandereragenten-migrationsdiskurse-in-historischen-oesterr/>, eingesehen 10.6.2020.
- 88 Folgende dreißig Termini wurden in den für die Volltextsuche zusammengestellten Begriffskatalog aufgenommen: Ausländer*in, Beamte, Eingemeindung(en), Einwanderin/Einwanderer, Einwanderung, Flüchtling(e), Flüchtlingshilfe, Flüchtlingsunterstützung, Fremde, Fremdenausweisung(en), Heimatschein, Heimkehr, heimkehren, Heimkehrer*in, Jüdinnen/Juden, jüdische(r) Kriegsflüchtling(e), Kriegsflüchtling(e), Kriegsgefangene, Landfremde, Migrant*in, Migration, Optionsrecht, Ostjuden, Rückkehr, Rückkehrer*in, Staatenlose, Staatsbürgerrecht, Staatsbürgerschaft, zurückkehren, Zuzug.

Das obenstehende Diagramm zeigt die addierten Suchergebnisse für alle festgelegten Suchbegriffe pro Zeitung. Angegeben sind die Treffer für einzelne Ausgaben, nicht die Anzahl der Artikel insgesamt. Eine jeweilige Ausgabe konnte durchaus mehr als einen Artikel mit Suchtreffern enthalten. Wie viele Artikel insgesamt mit Hilfe des Begriffskatalogs gefunden werden konnten, ist aber nicht weiter von Bedeutung, da natürlich nicht alle Artikel für die Forschungsfrage relevante Informationen bzw. Aussagen enthielten. Wichtig ist dementsprechend die Gesamtzahl jener Artikel, die für die aufgestellte Forschungsfrage von Relevanz waren und im Zuge der Diskursanalyse untersucht wurden. Diese Zahlen gestalteten sich folgendermaßen:

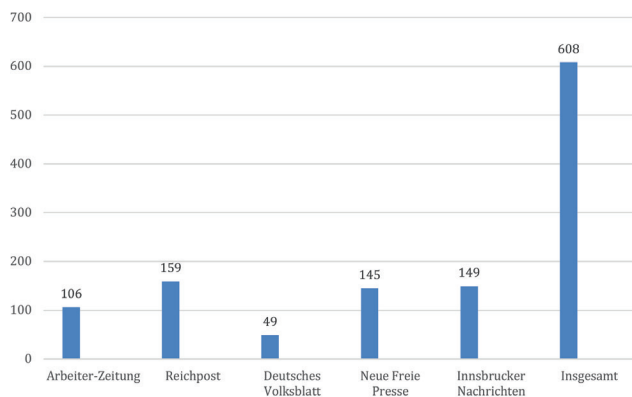


Abbildung 2: Anzahl der analysierten Artikel pro Zeitung

Die Zahlen zeigen, dass pro Zeitung eine ähnliche Anzahl an Artikeln in die Analyse miteinbezogen wurde. Ausreißer ist das „Deutsche Volksblatt“, welches jedoch auch mit Abstand die wenigsten Suchtreffer pro Ausgabe aufwies. Insgesamt wurden 606 themenrelevante Artikel in die Analyse mitaufgenommen. Die festgelegte Vorgehensweise bei der Analyse, der gleichbleibende Begriffskatalog bei der Volltextsuche sowie die ähnliche Anzahl der für die Forschungsfrage relevanten Artikel pro Zeitung bekräftigen, dass vergleichbare Untersuchungsergebnisse gewonnen werden konnten. Diese werden im folgenden Teil dargestellt.

3.2 Präsentation der Forschungsergebnisse

3.2.1 Grundzüge der Berichterstattung

Essenziell für die Analyse der Diskursstränge und Diskursinhalte war die Bestimmung der ideologischen Diskursposition der einzelnen Tageszeitungen. Dies war notwendig, da sowohl Parteienzeitungen als auch Medien aus dem freien Zeitungsmarkt prinzipiell redaktionelle Linien verfolgten.⁸⁹ Diese Linien mussten herausgearbeitet werden, damit einzelne Aussagen im Diskurs verortet werden konnten.

Die „Arbeiter-Zeitung“, welche sich auf jeder Titelseite als „Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs“ bzw. ab September 1919 als „Zentralorgan der Deut-

89 Österreichische Akademie der Wissenschaften, Der Zeitungsmarkt in der Ersten Republik 1918–1934, o. D., https://www.oeaw.ac.at/cmc/hyppress/per_02.htm, eingesehen 23.3.2020.

schen Sozialdemokratie in Österreich“ bezeichnete, war die offizielle Parteizeitung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Als Parteiblatt orientierte sich das Medium an der Parteilinie.⁹⁰ Da diese im gesamten Untersuchungszeitraum mit Karl Renner den Staatskanzler und somit das Oberhaupt der Regierung stellte, war die Zeitung dementsprechend verhältnismäßig unkritisch gegenüber der Regierungsarbeit eingestellt. Zielpublikum der Zeitung waren vorrangig die Anhänger*innen und Wähler*innen der Partei.

Die „Reichspost“ stand der Christlichsozialen Partei zwar sehr nahe, war jedoch kein offizielles Parteiblatt.⁹¹ Die Zeitung nannte sich auf den Titelseiten „Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk“. Angestrebt wurde eine konservative Berichterstattung, die sich prinzipiell an den politischen Standpunkten der Christlichsozialen Partei orientierte.⁹² Die Zeitung richtete sich vor allem an Konservative und Wähler*innen der Partei. Obwohl sich diese im gesamten Untersuchungszeitraum in Koalitionen mit der regierenden Sozialdemokratischen Arbeiterpartei befand, präsentierte sich die „Reichspost“ als sehr kritisch gegenüber der Regierung, insbesondere den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern sowie deren Entscheidungen. Sowohl in der „Reichspost“ wie auch in der „Arbeiter-Zeitung“ wurden Konflikte zwischen beiden Parteien offen ausgetragen.

Das „Deutsche Volksblatt“ galt als die „traditionsreichste deutschnationale Zeitung“ der Ersten Republik.⁹³ Sie selbst bezeichnete das Blatt auf den Titelseiten als „Radikales Mittelstandsorgan“. Die Zeitung verfolgte eine konservative sowie deutschnationale Berichterstattung und sympathisierte mit der Christlichsozialen Partei sowie deren Entscheidungen und Forderungen.⁹⁴ Deutschnationale, Konservative und Anhänger*innen der Christlichsozialen stellten das Zielpublikum der Zeitung dar.

Die „Neue Freie Presse“ war eine unabhängige Tageszeitung mit bürgerlicher, antikommunistischer, antifaschistischer und wirtschaftsliberaler Berichterstattung. Die Zeitung trat offen für eine Koalition der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit der Christlichsozialen Partei ein und beteiligte sich nicht an den Grabenkämpfen zwischen den Parteien bzw. den Parteizeitungen.⁹⁵ Zielpublikum der Zeitung waren gemäß der Ausrichtung des Blattes liberal eingestellte Bürger*innen.

Während es sich bei allen bisher genannten Zeitungen um Wiener Tagblätter handelte, repräsentieren die „Innsbrucker Nachrichten“ in der Analyse einen anderen geografischen Schwerpunkt, nämlich den Westen Österreichs und dabei insbesondere das Bundesland Tirol. Die Zeitung nannte sich auf jeder Titelseite „Unabhängige Tageszeitung für die Landeshauptstadt Innsbruck“. Die „Innsbrucker Nachrichten“ verfolgten eine konservative und deutschnationale Berichterstattung und waren prinzipiell kritisch gegenüber der Regierungsarbeit in Wien eingestellt.⁹⁶ Nicht-lokale Berichte ähnelten oft jenen der „Reichspost“, welche von den „Innsbrucker Nachrichten“ des Öfteren zitiert

90 Meliscek/Seethaler, Die österreichische Tagespresse, S. 30–31.

91 Ebd.

92 Ebd.

93 Meliscek/Seethaler, Auflagenzahlen.

94 Meliscek/Seethaler, Die österreichische Tagespresse, S. 30–31.

95 Ebd., S. 30–31.

96 Ebd.

oder Wort für Wort abgedruckt wurden. Die „Innsbrucker Nachrichten“ richteten sich an deutschnational und konservativ eingestellte Leser*innen.

Während Immigration und Flucht die zentralen Themen der vorliegenden Analyse darstellten, ließen sich die Inhalte der untersuchten Artikel in mehrere Unterthemen einteilen:

- Die Veröffentlichung und Verbreitung amtlicher Verordnungen im Originalwortlaut, welche politische Entscheidungen rund um das Thema „Migration“ beinhalteten;
- Berichte über Kriegsflüchtlinge, die während des Krieges nach Österreich kamen;
- Artikel über Personen, die nach dem Ende des Krieges in das Gebiet der Republik einwanderten;
- Berichte über die Einwanderung und den Aufenthalt jüdischer Kriegsflüchtlinge;
- Berichterstattung über Migration und was diese für die Versorgungslage in der Republik bedeutete;
- Meldungen über Ausweisungsaktionen, welche insbesondere Kriegsflüchtlinge aus dem östlichen Europa betrafen;
- Artikel über die Rückkehrmigration von ehemaligen Staatsbediensteten, Soldat*innen⁹⁷ und Privatpersonen, welche die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten wollten bzw. bereits besaßen;
- Berichterstattung über die Rückführung nicht-österreichischer Kriegsgefangener sowie die Rückkehr österreichischer Kriegsgefangener (sowohl Soldat*innen als auch Zivilist*innen);
- Meldungen über die Gewährung von Asyl;

Wie Abbildung 1 zeigt, waren die Themen „Immigration“ und „Flucht“ sowie die eben genannten Unterthemen in allen Tageszeitungen ähnlich stark präsent. Migration war dabei jedoch selten ein Thema der Titelseiten. Nur 13 der in die Analyse aufgenommenen Artikel aus der „Arbeiter-Zeitung“ befanden sich auf der ersten Seite. Bei der „Reichspost“ waren es 15, beim „Deutschen Volksblatt“ nur drei, bei der „Neuen Freien Presse“ lediglich sechs und bei den „Innsbrucker Nachrichten“ insgesamt zwölf.

Ob eine Zeitung Migration gegenüber prinzipiell „pro“ oder „contra“ eingestellt war, ließ sich nicht pauschal bestimmen, wie die folgenden Kapitel aufzeigen. Letztendlich muss noch festgehalten werden, dass es sich bei Migration um nur eines der zentralen Themen in der Tagespresse im Zeitraum von 1918 bis 1919 handelte. Das Ende des Krieges, die Friedensverhandlungen sowie die Gründung und der Aufbau der Republik stellten weitere wichtige Themen der Berichterstattung im Untersuchungszeitraum dar.

⁹⁷ Im Ersten Weltkrieg meldeten sich Frauen freiwillig für den Dienst an der Front. Dort arbeiteten sie als Krankenschwestern und administrative Hilfskräfte, nahmen jedoch auch aktiv an bewaffneten Auseinandersetzungen teil: Michaela Scharf, Die Frau im Schützengraben, o. D., <https://ww1.habsburger.net/de/kapitel/die-frau-im-schuetzengraben>, eingesehen 21.3.2022.

3.2.2 „Unerwünschte Ausländer“ aus dem Osten Europas

Wurde in den Tageszeitungen über Immigration und Flucht in die Republik berichtet, so waren Kriegsflüchtlinge aus dem östlichen Europa die mit Abstand am häufigsten thematisierte Gruppe. Hervorgehoben wurden dabei insbesondere jüdische Personen, die aus den ehemaligen Kronländern Galizien und der Bukowina stammten. Bis Ende Oktober 1918 galten diese zwar als Einwohner*innen der Monarchie, mit deren Zerfall und den folgenden Staatsbildungsprozessen wurden sie jedoch zu „feindlichen Ausländern“, wie die „Arbeiter-Zeitung“ bereits am 3. November 1918 unmissverständlich klarstellte.⁹⁸ Die Darstellung von Kriegsflüchtlingen als „Feinde“ der Republik sowie deren Einwohner*innen teilten alle analysierten Tageszeitungen. Die öffentlich kommunizierten Gründe dafür waren ein Mangel an Lebensmitteln, Wohnraum und Arbeitsplätzen in Österreich nach dem Ende des Krieges. Diese Knappheit war ein zentrales Thema in der Tagespresse und Kriegsflüchtlinge galten in den Zeitungen als jene Gruppe, welche angeblich die ohnehin schon knappen Ressourcen auf Kosten der einheimischen Bevölkerung für sich beanspruchen würde. Es war jedoch zeitungsfähig, wie extrem diese Position vertreten und kommuniziert wurde.

In der „Arbeiter-Zeitung“ beschränkte sich dies neben der Bezeichnung als „feindliche Ausländer“ auf den Abdruck amtlicher Verordnungen der Landes- und Staatsregierungen im Originalwortlaut, welche beispielsweise die Ausweisung von Kriegsflüchtlingen aus dem Osten Europas thematisierten. In Folge dieser Verordnungen engagierte sich die Zeitung dann „gegen den Zuzug aus dem Osten“ und berichtete über eine notwendige „Ausweisung der Fremden“ aufgrund der bereits erwähnten Mangelversorgung.⁹⁹ In einigen Fällen trat die Zeitung jedoch auch im Interesse der Kriegsflüchtlinge ein. So wurde beispielsweise argumentiert, dass diese aufgrund der Kriegsverwüstungen nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten, geplante Ausweisungen wurden als „radikaler Schritt“ angesehen und Deutschnationale sowie Christlichsoziale, welche gegen Flüchtlinge aus dem Osten Europas protestierten, wurden von der Zeitung verurteilt und als „Hetzer“ bezeichnet.¹⁰⁰

Deutlich aggressiver traten die „Reichspost“, das „Deutsche Volksblatt“ und die „Innsbrucker Nachrichten“ auf. In diesen wurden Kriegsflüchtlinge – insbesondere jüdische Kriegsflüchtlinge, welche oft unter dem Begriff „Ostjuden“ zusammengefasst wurden – häufig als „unerwünscht“, „lästig“ oder „frech“ bezeichnet, was Leser*innen eine eindeutig negative Konnotation vermitteln sollte.¹⁰¹ Vor allem die Reichspost zeichnete mit Begriffen wie „Massenaufnahme“ und mit Flutmetaphern wie „Überschwemmung“ und „Zustrom“ bedrohliche Bilder von Zuwanderung.¹⁰² Alle drei Zeitungen forderten zudem wiederholt Abschiebungen, wobei die „Reichspost“ die Ausweisung jüdischer Kriegsflüchtlinge zur „Schicksalsfrage der Republik“ hochstilisierte.¹⁰³ Als Begründun-

98 *Arbeiter-Zeitung*, 3.11.1918, S. 5.

99 *Arbeiter-Zeitung*, 16.4.1919, S. 4; *Arbeiter-Zeitung*, 31.7.1919, S. 5; *Arbeiter-Zeitung*, 13.9.1919, S. 1.

100 *Arbeiter-Zeitung*, 2.10.1918, S. 6; *Arbeiter-Zeitung*, 31.7.1919, S. 5; *Arbeiter-Zeitung*, 26.9.1919, S. 5.

101 *Deutsches Volksblatt*, 29.10.1919, S. 1; *Innsbrucker Nachrichten*, 12.8.1919, S. 2; *Reichspost*, 24.4.1919, S. 6.

102 *Reichspost*, 30.1.1919, S. 15; *Reichspost*, 14.4.1919, S. 4; *Reichspost*, 1.5.1919, S. 8.

103 *Reichspost*, 26.9.1919, S. 1–2.

gen für die geforderten Ausweisungen dienten auch in diesen Zeitungen der Mangel an Lebensmitteln, Wohnungen und Arbeitsplätzen. Neben der strikten Ablehnung von Aufnahme und Verbleib von Kriegsflüchtlingen war offener Antisemitismus charakteristisch für die Berichterstattung jener drei Tageszeitungen. Bestimmend war dabei das Narrativ von Jüdinnen und Juden als „Schmarotzern“, „Wucherern“ und „Schleichhändlern“, welche auf Kosten der einheimischen Bevölkerung in Österreich gelebt, sich dabei bereichert hätten und vor welchen die „bodenständigen“ und „christlichen“ Bewohner*innen Österreichs, insbesondere Wiens, geschützt werden müssten.¹⁰⁴ Dementsprechend aktiv unterstützten die „Reichspost“, das „Deutsche Volksblatt“ und die „Innsbrucker Nachrichten“ „antisemitische Kundgebungen“ gegen jüdische Flüchtlinge. „Hinaus!“, titelte beispielsweise die „Reichspost“ am 6. Oktober 1919 und stellte die Forderung „Wien den Christen“ auf. Wie für die Berichterstattung über „antisemitische Kundgebungen“ üblich, betonte die Zeitung dabei, dass keine Pogrome gegen die in Österreich lebenden Jüdinnen und Juden durchgeführt hätten werden dürfen, sondern die Demokratie als „Richtschnur“ aller Maßnahmen gegen jüdische Kriegsflüchtlinge gelten sollte.¹⁰⁵ Ähnliche Berichte fanden sich im Oktober 1919 in den „Innsbrucker Nachrichten“, in welchen Reden und Forderungen von Teilnehmer*innen der „Antisemitenkundgebungen“ publiziert wurden und dabei auf die vom „Ostjudentum“ ausgehende „Gefahr“ hingewiesen wurde.¹⁰⁶ Im medialen Diskurs in der „Reichspost“, dem „Deutschen Volksblatt“ und den „Innsbrucker Nachrichten“ galt das Schicksal der Republik, insbesondere der Hauptstadt Wien, zusammengefasst als abhängig von der „Abschaffung des Ostjudentums“, was unter anderem mit der Phrase „Lösung der Judenfrage“ ausgedrückt wurde.¹⁰⁷

Eine andere Art der Berichterstattung verfolgte die „Neue Freie Presse“. Auch diese veröffentlichte amtliche Verordnungen, wie beispielsweise Kundmachungen über die „Abschaffung der Fremden aus dem deutschösterreichischen Staatsgebiet“, im Originalwortlaut.¹⁰⁸ Ebenso nannte sie die mangelnde Versorgung als Hauptgrund für angeblich notwendige Ausweisungen¹⁰⁹ und berichtete einerseits von Kundgebungen gegen (jüdische) Kriegsflüchtlinge, während sie diese andererseits aber als „judenhetzerische Demonstrationen“ verurteilte.¹¹⁰ Die „Neue Freie Presse“ befürchtete, dass die USA, welche von der Zeitung als wichtige Verbündete für den Wiederaufbau nach dem Krieg angesehen wurden, in Folge derartiger Demonstrationen der Republik die Unterstützung mit Krediten und Rohstoffen entziehen könnte. Dementsprechend verurteilend trat sie gegen die Proteste „radikaler Elemente“ auf.¹¹¹ Während in allen bisher behandelten Zeitungen stets über Kriegsflüchtlinge geschrieben und diesen keine eigene Stimme eingeräumt wurde, traten einzelne Vertreter*innen in der „Neuen

104 *Deutsches Volksblatt*, 30.1.1919, S. 6; *Innsbrucker Nachrichten*, 3.3.1919, S. 3; *Reichspost*, 5.12.1919, S. 4.

105 *Reichspost*, 6.10.1919, S. 1–3. Was „Demokratie als Richtschnur“ laut Zeitung konkret bedeutete, wurde nicht weiter ausgeführt.

106 *Innsbrucker Nachrichten*, 6.10.1919, S. 2; *Innsbrucker Nachrichten*, 10.10.1919, S. 4.

107 *Reichspost*, 26.9.1919, S. 1–2.

108 *Neue Freie Presse*, 12.9.1919, S. 9.

109 *Neue Freie Presse*, 18.10.1918, S. 10; *Neue Freie Presse*, 14.4.1919, S. 6.

110 *Neue Freie Presse*, 6.10.1919, S. 1.

111 *Neue Freie Presse*, 4.10.1919, S. 1; *Neue Freie Presse*, 6.10.1919, S. 1.

Freien Presse“ als aktive Subjekte auf und kamen in zahlreichen Fällen selbst zu Wort. Dabei war es Kriegsflüchtlingen und offiziellen Vertreter*innen möglich zu erklären, wieso eine sofortige Auswanderung oder Ausweisung aus Österreich nicht umsetzbar sei. Als Hauptgründe wurden Kriegsverwüstungen in deren Heimat, Kohlemangel für Transportmittel und Blockaden der Regierungen in den Nachfolgestaaten genannt.¹¹² Doch auch die „Neue Freie Presse“ war Zuwanderung aus dem östlichen Europa kritisch gegenüber eingestellt. Grund dafür waren jedoch nicht (jüdische) Kriegsflüchtlinge, sondern vor allem die von der Zeitung befürchtete Einwanderung „kommunistischer Hetzer“.¹¹³ Gemäß ihrer antikommunistischen redaktionellen Linie lehnte die Zeitung jene Personen kategorisch ab und begrüßte Maßnahmen, die deren Einwanderung erschweren bzw. verhindern sollten.¹¹⁴

Die vorgebrachten Beispiele verdeutlichen, dass Kriegsflüchtlinge – und dabei insbesondere jüdische Kriegsflüchtlinge aus dem Osten Europas – ein überaus präsent Thema in der österreichischen Tagespresse im untersuchten Zeitraum waren. „Reichspost“, „Deutsches Volksblatt“ und „Innsbrucker Nachrichten“ lehnten die Einwanderung und den Verbleib jener Kriegsflüchtlinge kategorisch ab, forderten wiederholt ihre Ausweisung und unterstützten antisemitische Bewegungen. Die „Arbeiter-Zeitung“ und „Neue Freie Presse“ traten ablehnend gegenüber den von den anderen drei Tageszeitungen unterstützten Bewegungen auf und verfolgten eine gemäßigte Berichterstattung, die oft nur die Publikation amtlicher Verordnungen, welche Kriegsflüchtlinge betrafen, umfasste. Doch auch diese beiden Zeitungen standen Zuwanderung (jüdischer) Kriegsflüchtlinge in Teilen kritisch bzw. ablehnend gegenüber.

3.2.3 Kriegsgefangene und „Heimkehrer“

Deutlich einheitlicher als die Meldungen über die Einwanderung von Kriegsflüchtlingen gestaltete sich die Berichterstattung über die Rückkehr österreichischer Soldat*innen, Kriegsgefangener, ziviler Gefangener und Privatpersonen – zusammengefasst von sogenannten „Heimkehrern“. In allen fünf Tageszeitungen fanden sich hierzu sehr ähnliche bis dieselben Diskursinhalte. Während es sich bei der Rückkehrmigration von zivilen Kriegsgefangenen und Privatpersonen, wie beispielsweise ehemaligen Staatsangestellten, um Themen handelte, die in allen Zeitungen oft nur am Rande erwähnt wurden, war insbesondere die Heimkehr von Frontsoldat*innen sowie Kriegsgefangenen ein zentrales Thema im Untersuchungszeitraum. Der Diskursstrang rund um die Rückwanderung von diesen wurde in der „Arbeiter-Zeitung“ in der Ausgabe vom 18. November 1918 treffend auf den Punkt gebracht: „Wann kommen die Internierten zurück?“¹¹⁵ In allen analysierten Zeitungen wurde im gesamten Untersuchungszeitraum immer wieder die Rückkehr österreichischer Soldat*innen thematisiert und gleichzeitig gefordert, wobei der Fokus häufig auf in Sibirien internierten Kriegsgefangenen lag.

112 *Neue Freie Presse*, 5.10.1918, S. 9; *Neue Freie Presse*, 24.4.1919, S. 9; *Neue Freie Presse*, 12.8.1919, S. 22; *Neue Freie Presse*, 12.9.1919, S. 9; *Neue Freie Presse*, 13.9.1919, S. 8; *Neue Freie Presse*, 14.9.1919, S. 3; *Neue Freie Presse*, 19.9.1919, S. 2–3; *Neue Freie Presse*, 19.9.1919, S. 18.

113 *Neue Freie Presse*, 26.6.1919, S. 5.

114 *Neue Freie Presse*, 6.7.1919, S. 13.

115 *Arbeiter-Zeitung*, 18.11.1918, S. 4.

So berichtete beispielsweise die „Arbeiter-Zeitung“ regelmäßig über die „Lage unserer Kriegsgefangenen“ und forderte die Entente dazu auf, die Heimkehr der österreichischen Kriegsgefangenen zu ermöglichen, um so „Hunderttausende vor dem Tod im Elend zu retten“.¹¹⁶ Ähnliche Berichte fanden sich in der „Reichspost“, in welcher unter anderem das „harte Schicksal [...] unserer Kriegsgefangenen“ thematisiert, gleichzeitig aber auch die Rückkehr „christlicher Heimkehrer“ gefeiert wurde.¹¹⁷ Auch im „Deutschen Volksblatt“ war die Hoffnung auf Heimkehr österreichischer Soldat*innen und Kriegsgefangener, wie etwa in der Ausgabe vom 8. November 1918, präsent. An dieser Stelle fand die Zeitung lobende Worte für „deutschösterreichisch[e] Soldaten und Volksgenossen“ und deren „heldenmütig[e] Verteidigung des deutschen Vaterlandes“.¹¹⁸ Im November 1918 lag der Fokus der Berichterstattung im „Deutschen Volksblatt“ im Vergleich zu den anderen vier Tageszeitungen jedoch nicht auf der Heimkehr österreichischer Soldat*innen, sondern auf der Rückkehr deutscher Truppen in deren Heimatland.¹¹⁹ Die „Neue Freie Presse“ berichtete ebenfalls laufend über die hoffentlich baldige Heimkehr österreichischer Soldat*innen, doch auch in dieser Zeitung mit einem speziellen Fokus. Das Tagblatt schrieb immer wieder über Frauenbewegungen, welche sich für die Rückkehr von Kriegsgefangenen einsetzten. In diesen Berichten kamen Vertreterinnen von Bewegungen wie der „Frauenvereinigung der Mütter und Frauen Kriegsgefangener in Rußland, Sibirien und Turkestan“ zu Wort und konnten ihre Forderungen, wie beispielsweise die „rasche Freilassung unserer Kriegsgefangenen“, aussprechen.¹²⁰ Die „Innsbrucker Nachrichten“ traten ebenso regelmäßig „für die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen“ ein, der Schwerpunkt der Berichterstattung lag dabei unter anderem auf der Rückkehr der in Italien internierten Gefangenen sowie dem Abtransport italienischer Kriegsgefangener aus Tirol.¹²¹

Während die fünf Tageszeitungen im gesamten Untersuchungszeitraum regelmäßig und ausgiebig über die Rückkehrmigration militärischer Kriegsgefangener und Frontsoldat*innen berichteten, war die Heimkehr von Privatpersonen und ehemaligen Staatsbediensteten oft nur ein Randthema. Laut einem Bericht der „Schutzstelle für die deutschen öffentlichen Angestellten aus den Nationalstaaten“ kamen bis 1921 1.733 ehemalige Staatsangestellte aus den Nachfolgestaaten zurück nach Österreich.¹²² In den analysierten Artikeln war dies kein präsent Thema. Lediglich das „Deutsche Volksblatt“ stach an dieser Stelle heraus. In der Ausgabe vom 17. Dezember 1919 erschienen mehrere Artikel über die „Not der heimgekehrten Privatbeamten“. In diesen wurden „Fürsorgeaktionen“ für nach Österreich zurückgekehrte (ehemalige) Staatsbedienstete gefordert.¹²³

116 *Arbeiter-Zeitung*, 19.2.1919, S. 6; *Arbeiter-Zeitung*, 25.9.1919, S. 6.

117 *Reichspost*, 15.10.1919, S. 5; *Reichspost*, 3.1.1919, S. 4.

118 *Deutsches Volksblatt*, 8.11.1918, S. 5.

119 *Deutsches Volksblatt*, 20.11.1918, S. 7; *Deutsches Volksblatt*, 26.11.1918, S. 2; *Deutsches Volksblatt*, 18.11.1919, S. 1.

120 *Neue Freie Presse*, 22.8.1919, S. 8.

121 *Innsbrucker Nachrichten*, 8.11.1918, S. 1; *Innsbrucker Nachrichten*, 10.2.1919, S. 4; *Innsbrucker Nachrichten*, 1.4.1919, S. 4.

122 Garstenaue, Die Remigration.

123 *Deutsches Volksblatt*, 17.12.1919, S. 7.

Während die „Reichspost“, das „Deutsche Volksblatt“ und die „Innsbrucker Nachrichten“ ablehnend gegenüber einer Einwanderung nicht-österreichischer Kriegsflüchtlinge eingestellt waren, wurde die Heimkehr österreichischer Soldat*innen und Zivilist*innen unmissverständlich gefordert und unterstützt. Auch in der „Arbeiter-Zeitung“ und der „Neuen Freien Presse“ war dies der Fall. Mit der Analyse der Berichterstattung über Rückkehrmigration wurde ein weiterer Grund ersichtlich, wieso einige der Tageszeitungen die Immigration ausländischer Personen ablehnten. Die Versorgung sollte neben der einheimischen Bevölkerung für die „Heimkehrer“ – also für die „eigenen Leute“ – gesichert bleiben.

3.2.4 Asyl als politische und mediale Streitfrage

Während Berichte über die Einwanderung, den Verbleib und die Ausweisungen von Kriegsflüchtlingen sowie die Rückkehrmigration im gesamten Untersuchungszeitraum präsent waren, kam es im Juli und August 1919 zu einer zwischen 1918 und 1919 einzigartigen Episode in der Migrationsberichterstattung. Beinahe alle Tageszeitungen diskutierten in diesem Zeitraum die Frage nach Asyl für politisch verfolgte Personen. Lediglich im „Deutschen Volksblatt“ konnten zu diesem Thema keine relevanten Artikel gefunden werden. Was war die Ursache für diese bis zu jenem Zeitpunkt nicht vorhandenen Diskursinhalte?

Anfang August 1919 gewährte die österreichische Regierung Béla Kun¹²⁴, einem der mächtigsten Volkskommissare der sozialistischen Räterepublik Ungarn, sowie weiteren Mitgliedern der Räteregierung Ungarns Asyl, nachdem diese nach dem Sturz der Räteregierung am 1. August 1919 nach Österreich geflüchtet waren.¹²⁵ Diese Entscheidung wurde in den untersuchten Tageszeitungen kritisch diskutiert und unterschiedlich bewertet. Aufgeheizt wurde die Berichterstattung durch die Tatsache, dass die österreichische Regierung Anfang August 1919 verkündet hatte, dass alle sonstigen ungarischen Flüchtlinge, die nach dem 1. März 1919 nach Österreich gekommen waren, das Staatsgebiet bis zum 5. August 1919 verlassen mussten.¹²⁶ Zwar wurde diese Frist nur kurze Zeit später verlängert, es entbrannte jedoch trotzdem eine mediale Debatte über die Gewährung von Asyl für politische Flüchtlinge. Die Hauptkritik in einigen Tageszeitungen war, dass während ungarischen Flüchtlingen, welche ursprünglich als Opfer politischer Verfolgung durch die Räteregierung nach Österreich kamen, das Asyl verwehrt blieb und diese nach dem Sturz der Räteregierung nun abgeschoben werden sollten, die Täter dieser Verfolgung, die ungarischen Volkskommissare, durch den Asylstatus in Österreich bleiben konnten. Dieser Umstand war für einige der Tageszeitungen nicht hinnehmbar.

124 Béla Kun war ein ungarischer Journalist und Politiker, welcher maßgeblich an der Errichtung der am 21. März 1919 ausgerufenen Räterepublik Ungarn beteiligt war und bis 1. August 1919 das Amt des Volkskommissars für Äußeres innehatte: Munzinger Online, Bela Kun, o. D., <http://www.munzinger.de/document/00000010645>, eingesehen 2.9.2020.

125 Zur Geschichte der ungarischen Räterepublik siehe z. B.: Christian Koller/Matthias Marschik (Hrsg.), *Die ungarische Räterepublik 1919. Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen*, Wien 2018.

126 Die Verkündung wurde beispielsweise in der *Neuen Freien Presse* veröffentlicht: *Neue Freie Presse*, 31.7.1919, S. 23.

Insbesondere die antikommunistisch und antisozialistisch auftretenden „Innsbrucker Nachrichten“ hatten „gar kein Verständnis“ für die Gewährung von Asyl für Kun.¹²⁷ Dabei trat die Zeitung bereits vor dem Sommer 1919 konsequent „gegen den Zuzug der Budapester Kommunisten“ ein.¹²⁸ In Bezug auf die Aufnahme Kuns kritisierte das Blatt die „freundliche Aufnahme“ durch die österreichische Regierung und merkte an, dass der „besonnene Teil“ der österreichischen Bevölkerung mit dem Asyl Kuns und anderer ungarischer Volkskommissare sicherlich nicht einverstanden sei. Insbesondere, dass „Verbrecher“ aufgenommen wurden, während deren Opfer abgeschoben werden sollten, wurde vom Tagblatt scharf verurteilt.¹²⁹ Deutlich ambivalenter berichtete die „Reichspost“. Auch diese stellte die Frage in den Raum, ob die sozialdemokratische Regierung denn nur kommunistische Personen in Schutz nehmen wolle, begrüßte aber gleichzeitig die Entscheidung der Asylgewährung Kuns, da dies als ein „leitendes Prinzip der Demokratie“ gezeigt habe, dass im „Wesen eines freien Volksstaates auch das Asylrecht für politische Flüchtlinge begründet sei“.¹³⁰ Zwar hatte die Zeitung das Asyl der Mitglieder der Räteregierung bei Bekanntwerden scharf verurteilt, sah diese Entscheidung ab dem 4. August aber zur „Wiederherstellung der Ruhe“ in Ungarn als „augenblicklich unvermeidlich“ an und arrangierte sich folglich damit.¹³¹ Eine ähnliche Position vertrat die „Neue Freie Presse“, welche das Asyl Kuns und weiterer Mitglieder der Räteregierung trotz ihrer grundsätzlich antikommunistischen Einstellung im „Interesse der Wiederherstellung der Ruhe“ im Nachbarstaat Ungarn als „unvermeidlich“ bezeichnete.¹³² Die „Arbeiter-Zeitung“ hingegen hatte vollstes Verständnis für die Entscheidung der sozialdemokratischen Regierung und verteidigte diese: Asyl musste als ein „Grundsatz der Demokratie“ gewahrt bleiben.¹³³ Zentral in der Berichterstattung der „Arbeiter-Zeitung“ war die Kritik an Meldungen anderer Blätter, wie in der Ausgabe vom 22. August ersichtlich wurde. „Wegen der paar politischen Flüchtlinge, die interniert sind und deren Anwesenheit niemanden wehtut, will sich die Kapitalistenpresse nicht beruhigen“, hieß es in der Parteizeitung.¹³⁴

Während die „Asylfrage“ im Juli und August 1919 medial heiß diskutiert wurde, war sie bald darauf – wie auch zuvor – kein Thema mehr. Im gesamten Untersuchungszeitraum wurde Asyl für politisch Verfolgte in diesem Ausmaß nur dieses eine Mal thematisiert.

4. Fazit

Die vorliegende Arbeit versteht sich als ein Beitrag zur Untersuchung historischer Migrationsberichterstattung. Es wurde der Fragestellung nachgegangen, wie österreichische Tageszeitungen im Zeitraum von Ende 1918 bis Ende 1919 über Migration und Flucht in die Republik berichteten.

127 *Innsbrucker Nachrichten*, 7.8.1919, S. 3–4.

128 *Innsbrucker Nachrichten*, 24.6.1919, S. 11.

129 *Innsbrucker Nachrichten*, 7.8.1919, S. 3–4.

130 *Reichspost*, 3.7.1919, S. 4; *Reichspost*, 14.8.1919, S. 8.

131 *Reichspost*, 4.8.1919, S. 3.

132 *Neue Freie Presse*, 4.8.1919, S. 5.

133 *Arbeiter-Zeitung*, 12.8.1919, S. 3.

134 *Arbeiter-Zeitung*, 22.8.1919, S. 1.

Ausgangspunkt der Arbeit war der historische Kontext. Der Erste Weltkrieg und die Neuordnung Europas führten zu einer Gewaltmigration von etwa 9,5 Millionen Menschen. Auch die neugegründete Republik Deutschösterreich, die spätere Republik Österreich, blieb von dieser „ersten ‚modernen‘ Flüchtlingskrise“ nicht unberührt. Dementsprechend präsent war das Thema Migration in österreichischen Zeitungen in diesem Zeitraum. Damit der mediale Diskurs rund um diese „Flüchtlingskrise“ dargestellt werden konnte, wurden Artikel aus insgesamt fünf Tageszeitungen mittels medienhistorischer Diskursanalyse untersucht.

Die Analyse zeigte, dass die Zeitungen regelmäßig und in unterschiedlicher Art und Weise über Migration und Flucht in die Republik berichteten. Dabei konnten neben den zentralen Themen „Immigration“ und „Flucht“ zahlreiche Unterthemen im medialen Diskurs ausgemacht werden, welche sich beispielsweise auf bestimmte „Gruppen“ oder konkrete Ereignisse bezogen. Ob eine Zeitung gegenüber Migration prinzipiell „pro“ oder „contra“ eingestellt war, konnte nicht eindeutig bestimmt werden. Dieser Umstand wurde durch die Analyse von drei ausgewählten Schwerpunkten der Berichterstattung ersichtlich gemacht. Die „Reichspost“, das „Deutsche Volksblatt“ und die „Innsbrucker Nachrichten“ traten gegen die Aufnahme und den Verbleib von Kriegsflüchtlingen, insbesondere von jüdischen Kriegsflüchtlingen, auf und verfolgten dabei eine Berichterstattung mit xenophoben und antisemitischen Inhalten. Die Einwanderung der sogenannten „Heimkehrer“, bei denen es sich meist um christliche und deutschsprachige Personen handelte, wurde von den drei Zeitungen jedoch begrüßt und unterstützt. Auch die „Arbeiter-Zeitung“ und die „Neue Freie Presse“ hießen „Heimkehrer“ willkommen, traten jedoch „nur“ teilweise offen gegen Kriegsflüchtlinge auf. Am Beispiel des Asyls für politisch verfolgte Flüchtlinge wurden die unterschiedlichen Diskurspositionen der Zeitungen nochmals ersichtlich.

Abschließend kann die eingangs aufgestellte These also bestätigt werden. Es erwies sich als nicht möglich, generalisierende Aussagen zur Berichterstattung bzw. zum medialen Diskurs zu treffen. Die von den Zeitungen transportierten Diskursinhalte waren abhängig von deren politischer und ideologischer Ausrichtung, dem Zielpublikum sowie dem jeweiligen Unterthema des Diskurses.

5. Quellen

Arbeiter-Zeitung, 1.10.1918–31.12.1919.

Deutsches Volksblatt, 1.10.1918–31.12.1919.

Innsbrucker Nachrichten, 1.10.1918–31.12.1919.

Neue Freie Presse, 1.10.1918–31.12.1919.

Reichspost, 1.10.1918–31.12.1919.

6. Literatur

Albrich, Thomas, Die organisierte Tiroler Auswanderung nach Brasilien ab 1858 in Presseberichten, in: ders./Ingrid Böhler (Hrsg.), Österreich–Spanien–Lateinamerika: Festschrift für Klaus Eisterer, Innsbruck 2021, S. 243–278.

ANNO, <http://anno.onb.ac.at>, eingesehen 19.8.2020.

APA-DeFacto, Medienanalyse: Migrationsdiskurs dominierte 2018 erneut die österreichische Berichterstattung, o. D., https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181217_OTS0025/medienanalyse-migrationsdiskurs-dominierte-2018-erneut-die-oesterreichische-berichterstattung-anhang, eingesehen 20.3.2020.

Bauböck, Rainer, „Nach Rasse und Sprache verschieden“. Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute (IHS Political Science Series, Working Paper 31), 1996, https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/899/1/pw_31.pdf, eingesehen 3.5.2020.

Bonfadelli, Heinz, Medieninhaltsforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Konstanz 2002.

Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Grundlagendossier „Migration“, o. D., <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/>, eingesehen 20.3.2020.

Burger, Hannelore, Heimatrecht und Staatsbürgerschaft österreichischer Juden. Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart, Wien-Köln-Graz 2014.

Demokratiezentrum Wien, Entwicklung der Staatsbürgerschaft in Österreich, 2015, <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/timelines/entwicklung-der-staatsbuergerschaft.html>, eingesehen 23.3.2020.

Demokratiezentrum Wien, Österreich entsteht. Die Ausrufung der Ersten Republik 1918, o. D., <http://www.demokratiezentrum.org/bildung/lernmodule/demokratieentwicklung.html?type=98>, eingesehen 12.8.2020.

Fassmann, Heinz, Europäische Migration im 19. und 20. Jahrhundert, in: Albert Kraler/Karl Husa u. a. (Hrsg.), Migrationen. Globale Entwicklungen seit 1850, Wien 2007, S. 32–54.

Foucault, Michel, Archäologie des Wissens, Frankfurt am Main 1981.

Garstenauer, Therese, Die Remigration ehemaliger Bediensteter der Habsburgermonarchie in die Republik Österreich 1918–1921, in: *first*, 2019, <http://first-research.ac.at/2019/02/26/die-remigration-ehemaliger-bediensteter-der-habsburgermonarchie-in-die-republik-oesterreich-1918-1921/>, eingesehen 20.3.2020.

Groth, Otto, Die unerkannte Kulturmacht. Grundlegung der Zeitungswissenschaften (Periodik), Bd. 1, Berlin 1960.

Heiss, Gernot/Rathkolb, Oliver (Hrsg.) Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914, Wien 1995.

Jäger, Siegfried, Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Reiner Keller (Hrsg.), Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1, Opladen 2001, S. 81–112.

Ders., Bemerkungen zur Durchführung von Diskursanalysen (Vortrag auf der Tagung „Das große Wuchern des Diskurses. Der Diskurs als unberechenbares Ereignis“ am 3. und 4.07.1997 in der Universität GH Paderborn), 25.9.2006, http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Durchfuehrung_Diskursanalyse.html, eingesehen 28.5.2020.

Ders., Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster, 2009⁵.

Judson, Pieter M., The Habsburg Empire. A New History, Cambridge 2016.

Kennan, George F., The Decline of Bismarck's European Order. Franco-Russian Relations 1875–1890, Princeton 1979.

Koller, Christian/Marschik, Matthias (Hrsg.), Die ungarische Räterepublik 1919. Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen, Wien 2018.

Kraler, Albert, Zur Einführung: Migration und Globalgeschichte, in: ders./Karl Husa u. a. (Hrsg.), Migrationen. Globale Entwicklungen seit 1850, Wien 2007, S. 10–29.

Ders., The Case of Austria, in: Giovanna Zincone/Rinus Penninx u. a. (Hrsg.), Migration Policymaking in Europe. The Dynamics of Actors and Contexts in Past and Present, Amsterdam 2011, S. 21–59.

Landwehr, Achim, Historische Diskursanalyse (Historische Einführungen), Frankfurt am Main-New York 2018².

Ders., Diskurs und Diskursgeschichte, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 1.3.2019, https://docupedia.de/zg/Landwehr_diskursgeschichte_v2_de_2018, eingesehen 27.5.2020.

Link, Jürgen, Was ist und was bringt Diskurstaktik, in: *kultuRRevolution* 2 (1983), S. 60–66.

Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef, Auflagenzahlen der Wiener Tageszeitungen 1895–1933 in quellenkritischer Betrachtung, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation Nr. 1, 2001, https://www.oeaw.ac.at/fileadmin/Institute/CMC/PDF/Publications/Research_Papers/KMK_Arbeitsbericht_No_1.pdf, eingesehen 23.3.2020.

Dies./Ders., Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik, in: Matthias Karmasin/Christian Oggolder (Hrsg.), Österreichische Mediengeschichte. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute), Bd. 2, Wiesbaden 2019, S. 7–36.

Mentzel, Walter, Kriegsflüchtlinge im Ersten Weltkrieg in Österreich-Ungarn, 2017, <https://waltermentzel.wordpress.com/portfolio/kriegsfluechtlinge-im-ersten-weltkrieg/>, eingesehen 3.5.2020.

Munzinger Online, Bela Kun, o. D., <http://www.munzinger.de/document/00000010645>, eingesehen 2.9.2020.

o. A., Deutsche Medien berichten überdurchschnittlich viel über Migration, in: *Süddeutsche Zeitung*, 14.1.2020, <https://www.sueddeutsche.de/medien/medien-migration-studie-1.4757010>, eingesehen 20.3.2020.

o. A., Negative Berichterstattung über Flüchtlinge steigt, in: *Der Standard*, 26.4.2019, <https://www.derstandard.at/story/2000102080413/negative-berichterstattung-ueber-fluechtlinge-steigt>, eingesehen 20.3.2020.

Oberbichler, Sarah/Pfanzelter, Eva, Von „billigen Preisen“, Landarbeitern und Auswandereragenten: Migrationsdiskurse in historischen, österreichischen Zeitungen (1850 bis 1950), in: *NewsEye*, 5.5.2020, <https://www.newseye.eu/blog/news/von-billigen-preisen-landarbeitern-und-auswandereragenten-migrationsdiskurse-in-historischen-oesterr/>, eingesehen 10.6.2020.

Oltmer, Jochen, Kleine Globalgeschichte der Flucht im 20. Jahrhundert, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26–27 (2016), Heft 66, S. 18–25.

Österreichische Akademie der Wissenschaften, Der Zeitungsmarkt in der Ersten Republik 1918–1934, o. D., https://www.oeaw.ac.at/cmc/hypress/per_02.html, eingesehen 23.3.2020.

Österreichische Mediathek, Der Zerfall der Monarchie, o. D., <https://www.mediathek.at/der-erste-weltkrieg/der-erste-weltkrieg-ausgabe-6/der-zerfall-der-habsburgermonarchie/der-zerfall-der-monarchie/>, eingesehen 12.8.2020.

Prutsch, Ursula, Migration und Identität. Österreichisch-ungarische Auswanderung nach Argentinien und Brasilien (1876–1914), in: Johannes Feichtinger/Peter Stachel (Hrsg.), *Das Gewebe der Kultur*, Innsbruck 2001, S. 127–148.

Rathkolb, Oliver, Erste Republik, Austrofaschismus, Nationalsozialismus (1918–1945), in: Thomas Winkelbauer (Hrsg.), *Geschichte Österreichs*, Wien 2015, S. 447–524.

Scharf, Michaela, Die Frau im Schützengraben, o. D., <https://ww1.habsburger.net/de/kapitel/die-frau-im-schuetzengraben>, eingesehen 21.3.2022.

Schellenbacher, Wolfgang, Von Flucht und Abschiebung zur Vertreibung. Der Raum Niederösterreich als Beispiel für den Umgang mit Flüchtlingen und Abgeschobenen in Österreich zwischen 1914 und 1938, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien*, Wien 2016, S. 267–284.

Schröder, Thomas, *Die ersten Zeitungen. Textgestaltung und Nachrichtenauswahl*, Tübingen 1995.

Steidl, Annemarie, Ein ewiges Hin und Her. Kontinentale, transatlantische und lokale Migrationsrouten in der Spätphase der Habsburgermonarchie, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 19 (2008), H. 1, S. 15–42.

Dies., Migration Patterns in the Late Habsburg Empire, in: Günter Bischof/Dirk Rupnow (Hrsg.), *Migration in Austria (Contemporary Austrian Studies 26)*, Innsbruck 2017, S. 69–90.

Strobl, Philipp (Hrsg.), Die Flüchtlingskrise der 1930er Jahre in australischen Tageszeitungen. Eine medienhistorische Diskursanalyse, Hamburg 2019.

Wonisch, Regina, Entwicklung der Migrations- und Flüchtlingspolitik in Österreich, in: Senol Grasl-Akkilic/Marcus Schober u. a. (Hrsg.), Aspekte der österreichischen Migrationsgeschichte, Wien 2019, S. 431–470.

Alexander Renner ist Student der Geschichtswissenschaften sowie studentischer Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck. Alexander.Renner@uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Alexander Renner, „Heimkehrer“, „Kriegswucherer“ und „unerwünschte Ausländer“ – Migrationsberichterstattung in der österreichischen Tagespresse 1918–1919. Eine medienhistorische Diskursanalyse, in: *historia.scribere* 14 (2022), S. 51–77, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 21.6.2022 (=aktuelles Datum).